

Ersteinst täglich
von früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 23.
Beyrathgeber der Redaction:
Donnerstag 10—12 Uhr.
Freitag 4—6 Uhr.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Zusätze am Montag bis
4 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Abtheilungen für Zusätze:
Dorothea, Katharinenstr. 22,
Donnerstag, Freitag, Samstag
von 6 bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 15,250.
Abonnementspreis viertel 4/2, halbjährlich 8/2, und jährlich 15/2. Die Postkosten sind dem Besteller zu zahlen. Jedes einzelne Nummer 3/2. Die Postgebühren für den Transport sind dem Besteller zu zahlen. Die Expedition für Extrablätter ohne Postgebühr 26 Bkt. mit Postgebühr 48 Bkt. Inletale 4/2, Böhmerische 28 Bkt. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Labels für Briefe nach höherem Tarif. Recipien unter d. Redactionstrasse die Spaltelle 40 Bkt. Inletale sind nach an d. Expedition zu zahlen. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung proannuo oder durch Postwechsel.

№ 330.

Montag den 26. November 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch öffentlich bekannt,
1) daß alle in Leipzig wohnhaften Knaben, welche Ostern 1876 und Ostern 1877 aus der Volksschule entlassen worden oder von höheren Schulen abgegangen sind, ohne daß 15. Lebensjahr vollendet zu haben, zu dem Besuche der Fortbildungsschule für Knaben verpflichtet sind und bei dem Director der Schule, Herrn Dr. Bräutigam, anzumelden sind;
2) daß auch diejenigen Knaben anzumelden sind, welche aus irgend einem Grunde von dem Besuche der städtischen Fortbildungsschule entlassen zu sein glauben;
3) daß hier einzuliefernde, zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtete Knaben sofort und spätestens binnen 3 Tagen nach dem Einzuge bei dem Director der Schule anzumelden sind;
4) daß Eltern, Lehrherren, Dienstherrschäften und Arbeitgeber bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 30 Mark, die im Falle der Nichterlegung in Haft umzuwandeln ist, die schulpflichtigen Knaben zu dieser Anmeldung anzuhalten oder letztere selbst vorzunehmen haben.

Leipzig, am 14. November 1877. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Lehner.

Bekanntmachung.

Die Rathswaage am diesigen Baugplatze bleibt wegen Vornahme einer Reparatur vom Montag den 26. d. M. bis mit Mittwoch den 28. d. M. für den Verkehr geschlossen. Leipzig, den 21. November 1877. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Mefferschmidt.

Die Socialdemokratie in Amerika.

Die Socialdemokraten haben jetzt in allen großen Städten der Vereinigten Staaten, mit Ausnahme Cincinnati's, deutsche täglich erscheinende Zeitungen ins Leben gerufen, und auch in Cincinnati ist eine solche im Werden. Die Cincinnati Volkszeitung knüpft an die Thatfachen interessante Betrachtungen. Sie sagt u. A.: „Man mag es diesen Leuten lassen, daß sie eine ganz merkwürdige Thätigkeit entwickeln. Wenn die nicht-socialdemokratischen Reformfreunde nur den zehnten Theil der Mühen und Anstrengungen zu Gunsten erreichbarer Reformen aufwenden würden, die die Socialdemokraten im Interesse unerschütterlicher und atypischer Zwecke daran wenden, so würde bald etwas Tüchtiges zu Wege gebracht werden.“ — Also drängen dieselbe Wege wie hien, wenn es zur Wahlurne geht und Reformen beabsichtigt werden. Ferner heißt das „Cincinnati Blatt“ hervor: „Es ist doch bezeichnend, daß diese Bewegung in Amerika bisher einen lediglich deutschen Charakter behalten hat. Es sind jetzt in New-York, Chicago, St. Louis, Louisville u. s. w. deutsche socialdemokratische Zeitungen gegründet worden, aber nirgends eine englische. Warum nicht? Welchen Schluß müssen wir aus dieser Thatfache ziehen? Nur zweierlei ist möglich. Entweder es giebt nur sehr wenige eingeborene amerikanische Arbeiter mehr, weil der heutzutage amerikanischer bekanntlich viel lieber mit dem Kopfe, als mit der Hand arbeitet; oder die amerikanischen Arbeiter haben sich dieser Bewegung gegenüber höchst gleichgültig und ablehnend verhalten.“

theils in Folge von Unkenntniß, theils in Folge systematischer Entstellung und Verdrehung von Seiten einseitiger und böswilliger Gegner bisher den Socialismus mit dem Communismus verwechselte. Dies Schredgespenst zu bannen, soll eine unserer wichtigsten Aufgaben sein.“

Den Befürwortern der Tendenz, die sich in der „Neuen Zeit“ verewilligt findet, steht natürlich das Recht, ihre Ansichten in der Presse zu vertreten zu lassen, gleich anderen Parteigenossen zu, und wenn sich derartige Blätter aus ruhiger und gedankvoller Beweisführung, statt auf wilden Drohen und Schimpfen zu verlassen, so können sie, wie das „Cincinnati Blatt“ ausführlich, aufrecht sehr viel zur Förderung jener Discussion und geistigen Reifung beitragen, durch welche die Ansichten geklärt und ein richtiges Verständnis socialer Fragen angebahnt werden kann.

Von weiterem Interesse ist, daß bei der letzten Staatswahl in Ohio zwei Arbeiter-Parteien vorhanden waren, die eigentliche socialdemokratische und die der „Industrial“ Erstere kämpfte für sich allein, letztere, die in der „socialen Frage“ gemäßigt ist, verband sich mit den Papiermüllern. Die eigentliche socialdemokratische Partei brachte es im ganzen Staate auf 12,000 Stimmen, die vereinigten „Industrial“ und Papiermüller (Anhänger des Papiergeldes) erlangten zusammen 15,736 Stimmen; die Hälfte dieser Stimmen gehört den Papiermüllern an, so daß es also nur ungefähr 8000 „Industrial“ in Ohio giebt. Diese mit den 12,480 Socialdemokraten zusammen geben etwas über 20,000 Anhänger von Arbeiterparteien. Die Zahl der Stimmgeber beläuft sich aber auf 600,000. An diesen Zahlen ersieht man, daß die Arbeiterparteien an sich für sich denn doch äußerst schwach sind. Die Socialdemokraten insbesondere haben nur in größeren Städten etwas zu bedeuten. Von der gänzlichen Ohnmacht, zu Abwesenheit des Communismus außerhalb großer Städte erhält man durch folgende Zahlen aus Ohio einen klaren Begriff: Von den 12,480 Stimmen, welche der socialdemokratische Staatswahlzettel daselbst erlangte, kamen 9071 von Cincinnati, 1519 von Cleveland, 549 von Dayton. Es bleibt also nur ein winziges Restchen für die angegebene Mehrzahl der Wahlbezirke.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. November.
Übermals hat das preussische Abgeordnetenhaus einen Kulturkampf hinter sich. Der Cultusminister lehnte, durch eine Antwort des Abg. v. Schorlemer provocirt, mit Entschiedenheit das neue Ansuchen ab, alle ihm aus Westfalen gekomne Petitionen in der Unterrichtsfrage einzeln zu beantworten. Dann griff der Abg. Müller an den Reichthum für kirchliche Angelegenheiten in einer Weise an, die an cynischer Verschönerung einer Staatsneinrichtung das Meiste leistete und den Abg. v. Schöbel mit Recht zu einem Ausbruch der Verwunderung über die Langmuth der Majorität des Hauses veranlaßte. Ausdrücklich begründete der letztere Redner die Nichterlegung und Nichtbeachtung der in Rede stehenden Gesetzentwürfe. Der Abg. Graf Bethmann ergriff die Gelegenheit, die Stellung der conservativen Partei zum kirchenspolitischen Kampfe, eine Stellung, die sich von derjenigen der national-liberalen Partei nicht unterscheidet, zu bezeichnen. Veranlaßt wurde er sich dazu offenbar hauptsächlich durch die letzte Randgebende des conservativen Abg. v. Meyer-König. Degreiflich genug, daß die Conservativen über die grundsätzliche Verschiedenheit ihrer kirchenspolitischen

Standpunkte von demjenigen der sog. Conservativen im Lande keinen Zweifel auskommen lassen möchten. Leider folgte denn auch ein recht unerquickliches Stück evangelischen Kulturkampf. Der Etatposten für den evangelischen Oberkirchenrath gab dem Abg. Lehmann Anlaß zu einem ebenso würdigen wie entschiedenem Protest gegen die bureaukratisch-schroffe Redeweise, deren sich diese Behörde namentlich in dem bekannten Erlaß an den Vorsitzenden der Berliner Stadtsynode bedient hat. Die Ansicht des Cultusministers, daß derartige Beschwerden seit dem Bestehen der neuen Verfassung der evangelischen Kirche nicht mehr vor den Landtag gehöben, wurde von anderer Seite bestritten. In der That sollte man meinen, daß dem Abgeordnetenhaufe betrüß einer Behörde, deren Unterhaltungskosten es bewilligen soll, auch die Berechtigung zu einer allgemeinen Kritik der Amtsführung nicht bestritten werden könne. Indes muß anerkannt werden, daß der Minister in Consequenz seines Standpunktes auch mit einem freimüthigen Tadel der Veröffentlichung jenes Erlasses im „Staats-Anzeiger“, sowie der kirchlichen Polemik der „Provinzial-Correspondenz“ nicht zurückbleibt. Würde es durchführbar, daß die kirchlichen Streitfragen ausschließlich von kirchlichen Organen erörtert würden, so könnte das für unser politisches Leben ohne Zweifel nur von gutem Nutzen sein.

Die von der fortschrittlichen Presse angekündigten Anträge, betreffend die Geschäftsordnung und den Welfensfonds, lauten wörtlich: Hinsichtlich der Geschäftsordnung, dem § 34 der Geschäftsordnung folgenden Zusatz hinzuzufügen: Anträge im Sinne des Artikels 60 der Verfassungsurkunde Alinea 2 sind jederzeit zulässig; hinsichtlich des Welfensfonds: die königliche Staatsregierung anzusuchen, mitzutheilen: 1) wie viel Millionen Mark aus dem Einkünften des mit Beschlag belegten Vermögens des Königs Georg in der Zeit vom Jahre 1871 (dem Friedensschluß mit Frankreich) bis heute verausgabt worden sind, unter dem Titel von Kosten „für Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten“; 2) ob für Ausgaben unter jenem Titel den einzelnen Ministern, insbesondere auch dem landwirtschaftlichen Ministerium Dispositionsfonds überwiesen worden sind.“ Selbstverständlich hat die national-liberale Fraktion zu diesen Vorschlägen noch nicht Stellung nehmen können. Es liegt indes auf der Hand, daß alle diejenigen, welche den § 34 der Geschäftsordnung dahin aufzufassen, daß er auch die Stellung eines so wichtigen Antrages, wie desjenigen auf Auflösung des Reiches ausschließt, den ersten Antrag ablehnen werden. Der zweite enthält einfach die Nichterliche Interpellation vom letzten Mittwoch mit verändertem Eingange. Wie sich die Regierung sachlich zu demselben stellen wird, ist vorherzusagen.

Als Versailles, 24. November, wird gemeldet: In der heutigen Sitzung des Senats gab der neue Ministerpräsident, General Rochet, folgende Erklärung ab: „In Folge der jüngsten Debatten in den beiden Kammern hat der Präsident der Republik das Ministerium Männern anvertraut, welche das Programm haben, außerhalb des politischen Kampfes zu bleiben. Wir werden die Gesetze des Landes gewissenhaft beobachten, wir werden dem Reichspräsidenten die Unterthütung leisten, welche er von uns verlangt. Frankreich bedarf der Ruhe. Nach der langen Periode der Agitation ist es von nun so größerer Wichtigkeit, zu dieser Zeit den geschäftlichen Verkehr zu erleichtern und die Auszahlung des Jahres 1878 vorzubereiten. Wir werden uns mit allen Kräften bemühen, einen guten Stand der Geschäfte herbeizuführen. Es ist unsere höchste Pflicht und das wirksamste Mittel, das Einberufen der öffentlichen Gewalten wieder herzustellen. Wir werden die republikanische Verfassung, welche uns regiert, achten und ihre Wirkung verschaffen. Die Verfassung wird intact aus unseren Händen in die unserer Nachfolger übergehen, sobald der Präsident der Republik den Augenblick für geeignet erachtet wird, um die Gewalt Ministern anzuvertrauen, welche dem Parlament entgegen stehen. Bis dahin werden wir es uns nach Kräften angelegen sein lassen, die Ordnung und den Frieden herbeizuführen. Der Präsident der Republik ersucht Sie, uns bei dem Werke der Herstellung des Friedens zu helfen und rednet auf Ihren Patriotismus, um uns bei unserer Aufgabe zu unterstützen.“ Befall ließ sich nur auf der Rechten hören. Die Anke verhielt sich schweigend. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten nahm der Senat die Wahl Grandperret's zum Senator auf Lebenszeit vor.
In der Deputirtenkammer gelangte dieselbe Erklärung der Regierung, wie im Senat, zur Besprechung. Marceur bringt sofort eine Inter-

pellation über die Bildung des neuen Cabinets ein. Der Minister Welche erklärt, daß das Ministerium dieselbe beantworten werde, aber den Wunsch hege, daß die Interpellation eine genauere Fassung erhalte und an einem anderen Tage zur Discussion gelange. Die Kammer beschließt jedoch, sofort in die Discussion einzutreten. Marceur entwickelte darauf seine Interpellation. Er führte aus, die Minister repräsentirten keine Partei im Parlamente, sie repräsentirten nur die persönliche Macht. Der Widerstand gegen den Willen des Landes dauere bereits sieben Jahre. Das einzige Mittel zur Wiederherstellung des Friedens sei das Zurückgreifen auf das parlamentarische Recht. Der Redner ersucht das Ministerium auf das Dringende, dem Reichspräsidenten von der Wahrheit Kenntnis zu geben und auf diese Weise dem Lande neue Kräfte zu ersparen. Der Minister des Innern, Welche, betonte das verfassungsmäßige Recht des Reichspräsidenten, ein Ministerium von Männern, die außerhalb des Parlaments stehen, zu ernennen. Der Minister erklärte sodann, er wünsche Frieden und Beseitigung. Er sei entschlossen, den Versuch dazu zu machen und werde ihn machen. Er sei Niemandem feindselig, er sei ein Diener des Gesetzes. Er werde dem Gesetz Achtung verschaffen, wie er es achte. Er werde sich nur von dem Gesetze der Rechtfertigung und der Liebe zum Vaterlande leiten lassen. Der Deputirte Floquet führte darauf aus, daß das Ministerium nicht geeignet sei, um eine Beruhigung der Gemüther und eine Besserung der Beschäftigung herbeizuführen. Die Deputirtenkammer nahm schließlich mit 223 gegen 208 Stimmen folgende von Jules Ferry eingebrachte Tagesordnung an: In Erwägung, daß das Ministerium vom 23. November durch seine Zusammensetzung und Organisation eine Negation der Rechte der Nation und der parlamentarischen Rechte ist, und die Kräfte, welche seit dem 16. Mai so schwer auf den Geschäften lasten, nur herabsetzen lazen, erklärt die Deputirtenkammer, daß sie nicht in Beziehungen zu dem Ministerium treten kann und geht zur Tagesordnung über.

General de Rochebouët, gleichzeitig Kriegswindminister und Conseilpräsident, commandirte bislang das Armecorps des Bezirks von Orbeay. Er zählt gegenwärtig ungefähr 65 Jahre, steht also der Altersgrenze des militärischen Activverhältnisses sehr nahe. Ein Höfling der Polytechnischen Schule, machte er den Krimseldzug als Gardeartillerie-Oberst mit und commandirte im Italienischen Kriege als Brigaden-General die beiden Garde-Artillerieregimenter. Ueber seine Befähigung für die Leitung des ihm übertragenen so hochwichtigen Britannienpostens äußert „Figaro“: „Er ist ein Mann von Geist und angenehmem Unterhaltungswert, sehr geschäftig in der vornehmen Pariser Gesellschaft und Mitglied des Jockeyclub.“ Herr de Rochebouët gilt übrigens für einen der liberalen Interessen ergebenden Realisten. Der neue Inasse des Hotels am Quai d'Orsay, Herr Marquis de Danneville, vertrat das Kaiserreich längere Zeit hindurch in Wien, und später, zur Zeit des Stauensischen Concils, im Vatican, wo ihn der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges noch in Thätigkeit fand. Herr Welche, der Erbe der Fourtou's, ist das Rückgrat des unter dem Regime der moralischen Ordnung berichtigt gewordenen Frankreichs, Bonapartisch und ganz der Mann, die seither mit Geißeln gedüngten Republikaner mit Störchen zu regieren. Des neuen Handelsministers, Herrn Ducloux, entnimmt man sich noch als des Unterhändler im Sachen des französisch-italienischen Handelsvertrages. Die übrigen Teilnehmer des Cabinets vom 23. November sind neue Leute.“

Nach Melbourne kommt die Aufforderung, die britische Regierung möge die Inselgruppe der Neuen Hebriden für britischen Boden erklären. Eine aspirantische Zeitung behauptet uns, daß diese neue Erweiterung noch dazu wenig kosten werde. Sie liege nahe den Fiji-Inseln und könne von diesen aus mit Leichtigkeit regiert werden. Ein rascher Entschluß dürfte nothwendig sein, da auch schon die Franzosen ihr Auge auf die Neuen Hebriden, welche die schönsten Oasen Polynesien enthalten, zu richten beginnen.

In ungarischen Abgeordnetenhaus brachte der Abgeordnete Dely eine Interpellation ein, dahingehend, ob die Regierung eine Action in der orientalischen Frage noch immer nicht für angezeigt halte oder ob sie wenigstens nicht die Zeit für gelommen erachte, daß die Monarchie vermittelnd austrete, und wenn keines von beiden der Fall sei, welche Stellung das auswärtige Amt gegenüber den neuesten Plänen der orientalischen Angelegenheit einnehme.

Die „Polit. Corresp.“ meldet aus Bukarest: Die rumänischen Divisionen Glanareanu und Zepu sollen in ein Corps vereinigt werden, das gegen Bididin zu operiren bestimmt ist; der übrige